

Resolution des Deutschen Bühnenvereins bei der Jahreshauptversammlung 2012 in Ingolstadt

Theater ist keine Behörde

Der Versuch der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die künstlerischen Mitarbeiter der Theater in den öffentlichen Dienst zu überführen, stößt auf die scharfe Ablehnung des Bühnenvereins. Das Theater ist ein Kunstbetrieb, keine Behörde. Der Bühnenverein fordert deshalb die kommunalen Arbeitgeberverbände auf, den ver.di-Forderungen in den der Gewerkschaft zugesagten Verhandlungen in keinem Punkt nachzugeben, zumal diese Verbände für die Verhandlungen über das künstlerische Theaterpersonal ebenso wenig zuständig sind wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Das Bundesarbeitsgericht hat zudem eindeutig entschieden, dass die Theatermitarbeiter dann, wenn mit ihnen eine überwiegende künstlerische Tätigkeit vereinbart ist, nicht dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) unterliegen, sondern auf der Grundlage des vom Bühnenverein mit der Bühnengenossenschaft (GDBA) sowie der Chor- und Tänzer-gewerkschaft (VdO) ausgehandelten Normalvertrags Bühne (NV Bühne) beschäftigt werden. Dies ist eine sinnvolle, höchstrichterlich anerkannte Abgrenzung der beiden Tarifverträge. Sie darf nicht zur Disposition gestellt werden, will man verhindern, dass die Theater ihre der Kunst dienende Beweglichkeit verlieren.

Der NV Bühne sichert diese im Sinne der Freiheit der Kunst erforderliche Flexibilität und bietet zugleich den notwendigen sozialen Schutz der künstlerischen Theatermitarbeiter. Er stößt deshalb auch bei diesen Künstlern auf große Akzeptanz und ist ein im internationalen Vergleich beispielhafter Künstlertarifvertrag. In keinem anderen Land der Welt verfügen so viele darstellende Künstler über stabile Arbeitsverhältnisse von mehreren Jahren wie in Deutschland.

Angesichts dessen erwartet der Deutsche Bühnenverein von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, ihre Attacke gegen die Tarifbedingungen der Künstler aufzugeben und zu einem konstruktiven Miteinander aller Beteiligten zurückzukehren. Vor allem ist eine Solidarität mit den Künstlergewerkschaften GDBA und VdO gefragt, statt diese mit einer Strategie der Einheitsgewerkschaft zerstören zu wollen. Diese Künstlergewerkschaften haben große Verdienste um den sozialen Schutz der künstlerischen Theatermitarbeiter erworben.